

Angst vor der "grossen bösen UNO"?

Autor(en): **Baumberger, Jörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **82 (2002)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166660>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jörg Baumberger,
geboren 1944 in Biel,
ist Titularprofessor für
Volkswirtschaftslehre
und lehrt an der Univer-
sität St. Gallen.

ANGST VOR DER «GROSSEN BÖSEN UNO»?

Max Frenkel hat in der NZZ schon im letzten Herbst die Debatte um den Uno-Beitritt der Schweiz auf hohem Niveau eröffnet. Er brachte es fertig, bereits in der Überschrift ein Albee-Zitat mit einem Disney-Zitat zu verknüpfen. Dennoch beginnt das Hadern mit seinem ebenso geistreichen wie unsachlichen Beitrag schon bei der Zitatencollage in der Einstiegsfrage: «Wer hat Angst vor der grossen bösen Uno?»

Seit dem vergangenen Herbst ist die politische Debatte noch um etliches handfester geworden. Die gouvernemental gestützte und teilweise steuerfinanzierte Pro-Beitritts-Kampagne versucht alle Gegner in dasselbe subtil diffamierende Klischee zu drücken, das in der Schweiz nachgerade zur politisch korrekten Ordonnanzausrüstung gehört: Man behauptet, Gegner bestimmter, als «fortschrittlich» etikettierter Projekte hätten «Angst» – oder gemäss der offiziellen Sprachregelung: «Ängste». Solche Unterstellungen gehören zu den wohlfeileren rhetorischen Figuren. Man setzt sie gewöhnlich dann ein, wenn man am Ende seines Lateins angelangt ist und die sachlichen Argumente zur Mangelware werden. Es ist zurzeit das ganz allgemein einsetzbare *argumentum ad personam*, das die Leerstellen füllt, wo die *argumenta ad rem* fehlen. Es lenkt die Aufmerksamkeit des unaufmerksamen Lesers auf die Person des Kontrahenten und ab von der Sache. Der Gegner wird herabgesetzt, indem man sein Problem zu einem psychischen erklärt und ihn bestenfalls zum bedauernswerten Kranken, Behinderten oder Paranoiden und schlimmstenfalls zum verachtenswürdigen Angsthasen erklärt. Suggestiert wird dabei, dass Jasagen immer etwas Positives und Neinsagen immer etwas Negatives bewirke, eine Behauptung, welche sich im Rückblick auf die Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik schwerlich verifizieren liesse.

Die Angst vor dem Nichtdabeisein

Dabei ist das Argument genau genommen durchaus zweischneidig. Es lässt sich ohne weiteres gegen die selbsternannten Fortschrittlichen drehen. Mit gleichem Recht

kann man argumentieren, die Verfechter des zeitgeistkonformen Fortschritts hätten eben Ängste vor dem Nichtdabeisein. Man kennt dieses Syndrom von Kindern, die mitunter selbst dann unter Ausgeschlossenensein leiden, wenn die Zugehörigkeit zur begehrten Gruppe sie objektiven Gefahren und potenziell noch grösseren Kränkungen aussetzen würde. Mit andern Worten, man könnte die Überall-dabeisein-Wollenden als ewige Kindsköpfe darstellen, die für alles und jedes Gesellschaft brauchen und sonst unglücklich werden, als infantile Zurückgebliebene, die es nicht aushalten, auf dem Jahrmarkt der internationalen Eitelkeit nicht mit den Wölfen heulen und den politisch korrekten Weltverbesserern mitblöken zu dürfen. Man könnte sie auch darstellen als Leute mit Ängsten vor dem frustrierenden Rendez-vous mit der Kleinheit ihres Landes und ihrer selbst, als Leute, die vor dem Spiegel der eigenen Kleinheit verzweifelt nach Selbstergänzung durch Grosses und Grosse zu haschen beginnen. Eine Diskussion auf dieser Ebene dürfte kaum besonders fruchtbar sein.

Was sind die Argumente der Befürworter, die heute das Feld beherrschen und gegen die es – so wird behauptet – gar keine rationalen Gegenargumente gibt. Ich sehe die Folgenden:

Erstens: Die Grenzkosten sind klein. Man spricht von 73 Millionen (economie-suisse von 43 Millionen). 70 Millionen entsprechen etwa den Kosten eines Autobahnkilometers, bzw. 10 Schweizer Franken pro Kopf der Bevölkerung. Wozu also das Gezeter?

Zweitens: Der Bundesrat gibt ohnehin schon seit einiger Zeit zu allen grossen internationalen Fragen permanent seine Meinung im Sinne der Uno kund. D.h. er

führt sich ohnehin bereits wie ein politischer *global player* (oder *global talker* oder eine *global chatterbox*) auf. Es macht weder aussen- noch innenpolitisch einen grossen Unterschied, wenn wir dies zusätzlich nun auch noch im Rahmen der Uno-Vollversammlung tun. Wir sind *de facto* schon *global talkers* wie alle anderen. Wozu also das Gezeter?

Drittens: Es macht keinen Unterschied, ob man allen UN-Organisationen mit Ausnahme der Vollversammlung (allen minus eins) angehört oder eben allen. Der prozentuale Zuwachs fällt überhaupt nicht ins Gewicht. Wozu also das Gezeter?

Viertens: Die Schweiz schliesst sich schon seit einiger Zeit – und bisweilen sogar mit grösserem Eifer als die UN-Mitglieder selbst – den Uno-Aktionen und -Sanktionen an. Wozu also das Gezeter?

Fünftens: Der Aussenstehende ist nicht neutral, er ist draussen – vermutlich irgendwo im Weltraum.

Sechstens: Wer der Uno nicht beitreten möchte, ist überheblich. Wer sich für anders hält, ist überheblich, und Überheblichkeit ist verwerflich. Allein durch Bei-

.....
 Zu gross ist die
 Gefahr, dass man
 sich geringe
 bekannte Vorteile
 gegen allenfalls
 erhebliche
 unbekannte
 Nachteile
 einhandelt.

AUSSENPOLITIK UND NEUTRALITÄT
 tritt kann man den Makel der Überheblichkeit abstreifen.

Siebtens: Die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts wird zügiger vor sich gehen, wenn wir in der Uno-Vollversammlung vertreten sind, als wenn wir «draussen» sind.

Mehr vom Falschen ist kein Fortschritt

Zu den ersten vier Punkten: Es ist doch immerhin denkbar, dass der Zeternde den *Status quo* für gar nicht so sinnvoll hält und lieber etwas mehr Bescheidenheit, Besonnenheit und Verbal-Abstinenz sehen möchte. Mehr vom Falschen ist kein Fortschritt, auch wenn es nur wenig mehr ist. Zu zeigen wäre, dass die Qualität und Entwicklungsrichtung unserer Aussenpolitik tatsächlich die richtige ist, sodass der kleine – oder verniedlichte – Schritt wenigstens in die erwünschte Richtung weist. Dazu trägt die bisherige Debatte nicht viel bei.

Unter den letzten drei Punkten hat jeder seine eigene Fragwürdigkeit:

Punkt 5: «Draussen» ist natürlich eine Metapher. Aber was bedeutet sie in diesem



Kontext genau? Es ist eine Metapher aus demselben Repertoire, das eine Schweiz als Uno-Nichtmitglied, als EU-Nichtmitglied, als möglicher Nicht-Teilnehmer an UN-Antirassismuskonferenzen usw. als eine «geschlossene» oder jedenfalls eine nicht «offene» Schweiz bezeichnet. Was ist an der Schweiz eigentlich nicht offen? Sind wir provinzieller, isolierter, innenorientierter als die Deutschen, die Franzosen, die Amerikaner, wenn wir bei gewissen «internationalen» Veranstaltungen nicht dabei sind? Wer ist hier nicht bei was? Eigentlich doch nur die schweizerische Bürokratie bei den ausländischen Bürokratien, oder nicht? Gegen einen konstruktiven Kontakt zwischen Bürokratien ist nichts einzuwenden. Es ist auch für die Schweiz gut, wenn ihre Bürokratie mit andern Bürokratien zusammenarbeitet. Eine allzu vertrauensvolle Zusammenarbeit ist allerdings nicht wünschenswert. Genau wie ein allzu kooperativer Föderalismus dem Föderalismus nicht gut tut, kann auch ein allzu kooperativer Bürokratie-Internationalismus ein Übel sein. Die Kooperation der Bürokratien muss streng rationiert sein, allzu leicht entsteht sonst ein Kartell der Bürokratien. «Mehr» ist nur in wenigen Fällen «besser».

Punkt 6: Diese Gleichsetzung von Nichtmitgliedschaft mit Überheblichkeit halte ich für eine haltlose Unterstellung. «Anders» heisst doch nicht «besser». Eine andere Qualität ist doch nicht eine bessere Qualität. Wer sagt, rot sei nicht blau, verpflichtet sich zu keiner Aussage über den Rangwert dieser beiden Farben. Es ist im Gegenteil eine sprachliche Unsitte unserer Zeit, das Reden in Begriffen von Qualität immer gleich mit der Erwartung einer Rangwertung zu verknüpfen. Das unsorgfältige Schwatzen suggeriert, dass wir bei der Rede von Qualität immer gleich an gute Qualität versus schlechte Qualität denken sollten, wo doch Qualität einfach den Unterschied zwischen gleich und anders bezeichnet.

Punkt 7: Das ist ein Punkt, in welchem ich mich nicht kompetent fühle. Mir fehlt die völkerrechtliche Bildung, um zu wissen, was humanitäres Völkerrecht im Ganzen umfasst und wie es faktisch zu-

.....
*Was ist an
 der Schweiz
 eigentlich nicht
 offen?*

.....
*Nicht die
 Beitrittsgegner
 sind in einem
 Argumentations-
 notstand,
 sondern die Bei-
 trittsbefürworter.*

stande kommt. Dieser Punkt wäre zu vertiefen.

Aus all dem folgt noch nicht, dass der Uno-Beitritt ein falscher Schritt wäre, wohl aber, dass viele gängige «Argumente» sich bei näherer Prüfung als einigermaßen wohlfeile Polemiken und uralte rhetorische Taschenspielertricks entpuppen. Nicht die Beitrittsgegner sind in einem Argumentationsnotstand, sondern die Beitrittsbefürworter. «Haben wir schon, sind wir schon, tun wir schon, zahlen wir schon», sind keine überzeugenden Argumente, sei es nur, weil man den Spieß umdrehen und fragen kann: Wozu dann noch der Zusatzschritt? Der Beitritt der Schweiz, da sind sich alle, welche die Situation realistisch einschätzen einig, wird die Uno kaum verändern. Wenn er also nur einen infinitesimalen Unterschied ausmacht, so spielt wohl auch der Nichtbeitritt nicht jene zentrale Rolle, die man dem Schweizer Volk mit grossem Propagandaufwand weismachen will. Wozu dann die aufwendige Kampagne für ein von der aussenpolitischen Bürokratie ausgehecktes, vom Volk gar nicht als vordringlich empfundenen Anliegen? Nur unmerkliche Veränderung, wenn man beitrifft, aber eine Katastrophe, wenn man es nicht tut?

Im Alpinismus gibt es Situationen, wo ein geschickter Schritt in die richtige Richtung am *Status quo* fast nichts ändert, aber einer in die falsche den Absturz bedeutet. Dass wir beim Uno-Beitritt vor einer solchen Entscheidung stehen, wird hier nicht behauptet. Wir wissen aber aus der Entscheidungstheorie, dass, wenn Irreversibles zur Debatte steht, die Gewichtung der Argumente sehr sorgfältig vorzunehmen ist. Wer hier genau abwägt, was er denn gewinnt und was er allenfalls verliert, wenn Selbstbestimmung gegen Mitbestimmung, Autonomie gegen Solidarität getauscht wird, ist kein Angsthase, sondern ein rational handelnder Mensch. Zu gross ist die Gefahr, dass man sich geringe bekannte Vorteile gegen allenfalls erhebliche unbekannte Nachteile einhandelt. Wer weiss denn so genau, was Mehrheiten in einem internationalen Gremium in näherer oder fernerer Zukunft alles beschliessen werden? ♦